

Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss für Umwelt und Grün	21.01.2010	

Anlass:

☐

Mitteilung der Verwaltung

☐Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen☒Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung☐Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Vernetzung städtischer Klimaschutz- und Energiesparprojekte

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer Vernetzung städtischer Klimaschutz- und Energiesparprojekte werden folgende Fragen beantwortet:

1. Welche Projekte mit der Zielrichtung Klimaschutz oder effizienter Energienutzung werden von der Stadt Köln durchgeführt bzw. unterstützt.

Antwort: Eine Vielzahl von Projekten und Aktivitäten in Köln beinhalten eine Relevanz für den Klimaschutz oder effiziente Energienutzung. In der Vorlage zum „Aktionsplan für nachhaltige Energie für Köln“ ist eine Ausschnitt dieser Aktivitäten aufgelistet und beschrieben. Ein Auszug der noch andauernden Projektaktivitäten folgt hier:

- ☐ Ausbau der Fernwärme im Versorgungsgebiet Köln
- ☐ Ausbau Radverkehrsinfrastruktur in Köln
- ☐ Photovoltaik-Anlagen in Köln
- ☐ Erweiterung der Verkehrsleitzentrale und des Medienservice
- ☐ Entwicklung und Ausbau des Bike & Ride Netzes
- ☐ Städtebaulich Planen mit der Sonne
- ☐ KLASSE-Projekt (Klima-Aktion Schulen Sparen Energie)
- ☐ Solarsiedlungen in Köln
- ☐ Maßnahmen zur Stromeinsparung bei den Verbrauchern
- ☐ Aktives Energiemanagement der Gebäudewirtschaft
- ☐ Ausbau des Verkehrsmanagements in Köln
- ☐ Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte
- ☐ Projekt ÖKPROFIT®

Innerhalb der Verwaltung, aber auch im Bereich der Bürgerschaft gibt es ebenfalls eine Vielzahl von relevanten Aktivitäten und Projekte, die hier nicht aufgelistet sind. Im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes wird eine Bestandsaufnahme quer durch die Verwaltung und mit externen Projektträgern erfolgen. Der Aufwand diese jetzt gesondert zu erfassen und zu beschreiben wäre jetzt aus Sicht der Verwaltung unangemessen hoch.

2. Wie wird die Einbindung der Projekte in das Klimaschutzkonzept der Stadt Köln sichergestellt?

Einer der Kernpunkte des Klimaschutzkonzeptes, ist die Erfassung bereits bestehender Aktivitäten und Projekte und diese sinnvoll zu verknüpfen bzw. auszubauen. Das Umwelt und Verbraucherschutzamt wird diese Aufgabe gemeinsam mit den eingebundenen Gutachtern angehen. Dazu werden entsprechende Verwaltungsarbeitskreise bzw. „Runde Tische“ und Workshops mit Investoren, Initiativen und interessierten Bürgern organisiert.

3. Wie wird gewährleistet, dass die Stadt Köln in die Entwicklung entsprechender Projekte auf EU-, Bundes- oder Landesebene eingebunden ist bzw. an diesen partizipieren kann?

Die Stadt Köln vertreten durch Mitarbeiter der Umweltverwaltung ist Mitglied in verschiedenen Städtenetzwerken. Insbesondere auch in solchen, die sich spezifisch mit den o. g. Fragen beschäftigen (Umweltforum EUROCITIES, Klima-Bündnis, POLIS). Ferner ist das Büro für Internationale Angelegenheiten in verschiedenen Gremien und eruiert in den europäischen Ausschreibungen nach relevanten Förderprogrammen. Zwischen dem Büro für Internationale Angelegenheiten und der Umweltverwaltung besteht dazu ein reger Austausch.

Da die Umweltverwaltung in den letzten 20 Jahren sehr aktiv in verschiedenen EU-Projekten eingebunden war, erreichen uns immer wieder Anfragen zur Mitwirkung auch zum Thema Klimaschutz und Energieeinsparung. Daneben entwickelt die Verwaltung aber auch eigene Projektideen und Proposals und bewirbt diese über die Netzwerke. Auf EU-Ebene wird die Projektantragsquote aber zunehmend ungünstiger. Ein Antrag zur Förderung aus dem INTERREG-Programm zum Thema Bürgerkommunikation im Klimaschutz wurde im September 2009 nicht angenommen.

Parallel bewirbt sich die Verwaltung ebenso um Projekte auf Landes- und Bundesebene. Die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes wird zu 80% aus Bundesmitteln bezuschusst und ein Projekt zur Elektromobilität ist aktuell ebenfalls zur Bundesförderung bewilligt worden.

Das neu aufgelegte Projekt Ökoprofit[®], bei dem auch Energiesparen und Klimaschutz in Unternehmen thematisiert werden, wird mit Fördermitteln des Landes NRW durchgeführt.

4. Welches Potential – auch unter dem Aspekt des Standortmarketings – ergibt sich aus einer zentralen Koordination der Projekte?
5. Welche Möglichkeiten – z.B. die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle – bestehen, um die Koordination, Steuerung und Vermarktung einschlägiger Projekte zu bündeln.

Die beiden Fragen hängen in der Beantwortung unmittelbar zusammen und werden daher in einer Antwort dargestellt.

Zunächst einmal ist fest zu halten, dass die Durchführung von Klimaschutz Projekten eine ökologische und ökonomische Notwendigkeit darstellt. Dies hat der STERN-Report eindeutig nachgewiesen. Nachsorge wird volkswirtschaftlich teurer als Vorsorge. In diesem Sinne ist es auch unter dem Gesichtspunkt des Standortmarketings notwendig entsprechende Maßnahmen einzuleiten und diese auch öffentlichkeitswirksam zu dokumentieren. Dies sollte koordiniert und z. B. unter einem gemeinsamen Logo und/oder Slogan ablaufen.

Die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes und die dazu notwendige Koordination und Öffentlichkeitsarbeit wird durch das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz wahrgenommen. Eine der Aufgaben in der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes ist die Diskussion wie die Aufgabe Klimaschutz in Köln koordiniert und beworben werden kann. Es gibt dazu bereits in anderen Städten unterschiedlichste Konstruktionen. Gemeinsam mit den Gutachtern muss diese Frage dezernatsübergreifend diskutiert werden. Dabei wird auch zu prüfen sein, wie externe Akteure wie Rheinenergie oder Wohnungswirtschaft einbezogen werden können.

Die Frage der Struktur und der notwendigen Ressourcen ob und wie die derzeit stattfindende Koordinationsaufgabe als öffentlich erkennbare Anlaufstelle (Klimaschutzleitstelle, Klimaschutzbeauftragter etc.) weiter entwickelt werden kann muss im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes erfolgen. Da dies aber nicht ohne Ressourcen und Infrastruktur zu leisten ist, wird die Diskussion problembezogen und unter Berücksichtigung der Entwicklung des städtischen Haushaltes geführt werden müssen.

gez. Bredehorst